

# Nein zur Aufhebung der Transportpflicht

Keine diskriminierenden Sonderregelungen!



## Curia Vista - Geschäftsdatenbank

### 12.3017 – Motion

#### **Gewalt bei Sportanlässen. Anpassung des Personenbeförderungsgesetzes**

Eingereicht von

[Sicherheitspolitische Kommission NR](#)

Sprecher / in

[Graf-Litscher Edith](#)

Einreichungsdatum

21.02.2012

Eingereicht im

Nationalrat

Stand der Beratung

Überwiesen

#### **Eingereichter Text**

Der Bundesrat wird beauftragt, die Transportpflicht gemäss Personenbeförderungsgesetz so anzupassen, dass Personen aus Gründen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit vom Transport ausgeschlossen werden können.

#### **Begründung**

Die heutigen gesetzlichen Bestimmungen erlauben nicht, eine Person, die im Besitz eines gültigen Fahrausweises ist, vom Transport auszuschliessen.

So entstehen z. B. den SBB jährlich Mehrkosten von über 3 Millionen Franken durch Gewaltanwendung in den Zügen, auf den Bahnhöfen und gegenüber dem Personal.

#### **Stellungnahme des Bundesrates vom 28.03.2012**

Die Sicherheitspolitische Kommission beauftragt den Bundesrat, die Transportpflicht gemäss Personenbeförderungsgesetz so anzupassen, dass Personen aus Gründen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit vom Transport ausgeschlossen werden können. Genau diesen Zweck verfolgt eine vom Bundesamt für Verkehr ausgearbeitete Vorlage. Der Bundesrat wird dazu voraussichtlich im ersten Halbjahr 2012 eine Vernehmlassung eröffnen.

#### **Antrag des Bundesrates vom 28.03.2012**

Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion.